Inhaltsverzeichnis

Erster Teil

A.	<i>Anlaß für Neuordnungsüberlegungen und methodisches Vorgehen des Gutachtens</i>	11
I.	Anlaß für Neuordnungsüberlegungen	11
	1. Die Vereinigung Deutschlands	11
	2. Zur Reformbedürftigkeit der Finanzverfassung	13
	3. Der europäische Einigungsprozeß	14
II.	Methodisches Vorgehen des Gutachtens	16
B.	<i>Institutionelle Pathologien und institutionelle Kompetenz des Föderalismus</i>	18
I.	Institutionelle Pathologien des (kooperativen) Föderalismus	18
	1. Politikverflechtung, insbesondere als Ressourcenverflechtung	19
	a) Aufgabenverflechtung als kooperativer Föderalismus	20
	b) Aufgabenverflechtung als Politikverflechtung	21
	c) Reformbedarf im Sinne eines Verflechtungsabbaus	22
	2. Kooperativer Föderalismus als Exekutivföderalismus	24
II.	Zur institutionellen Kompetenz des Bundesstaatsmodells	26
III.	Zwischenergebnis	27
C.	<i>Föderalismus als dynamisches System</i>	28
I.	Entwicklungslinien des deutschen Föderalismus	30
II.	Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern als politisches und verfassungspolitisches Postulat	33
D.	<i>Begrifflichkeit und Instrumente der Reföderalisierung</i>	35
I.	Föderalismus als Konkurrenzföderalismus	35
II.	Kompetitiver Föderalismus und Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse	39

1.	Zur Elastizität der Verfassung, insbesondere der Finanzverfassung	40
2.	Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse - Motor eines unitarischen Bundesstaates oder Grenzpfahl föderaler Vielfalt?	43
E.	<i>Neuordnung der Finanzbeziehungen und Neue Ungleichheit</i>	46
I.	Zum Befund der Neuen Ungleichheit	46
1.	Wirklichkeitsbefund	46
2.	Staatsrechtlicher Befund	49
II.	Neue Ungleichheit und Folge-Unvereinbarkeiten	50
1.	Die Nichteinbeziehung der neuen Bundesländer in den Länderfinanzausgleich	50
2.	Zu den Voraussetzungen eines funktionierenden Wettbewerbs	51
3.	Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse: hier klein, dort groß geschrieben	53
F.	<i>Zusammenfassung des Allgemeinen Teils</i>	53
Zweiter Teil: Möglichkeiten und Grenzen einer Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Länder		
A.	<i>Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Länder im Bereich von Aufgaben und Kompetenzen</i>	55
B.	<i>Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Länder im Bereich der Ausgaben</i>	59
I.	Konnexität von Aufgaben und Ausgaben	59
II.	Länderaufgaben mit teilweiser Bundesfinanzierung	63
1.	Geldleistungsgesetze	63
2.	Befugnis des Bundes zur Gewährung von Finanzhilfen (Art. 104 a Abs. 4 GG)	69
3.	Gemeinschaftsaufgaben nach Art. 91 a und 91 b GG	73
a)	Grundgesetzliche Regelungen	73
b)	Einfachgesetzliche Ausgestaltung (am Beispiel der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau)	76
c)	Bewertung der Gemeinschaftsaufgaben	78

d) Notwendigkeit einer differenzierenden Betrachtung	78
(1) Finanzausgleichswirkungen der Gemeinschaftsaufgaben	79
(a) Hochschulbau	79
(b) Regionale Wirtschaftsförderung	79
(c) Agrarstruktur und Küstenschutz	81
(2) Entflechtung der Gemeinschaftsaufgaben und Neue Bundesländer	81
 C. <i>Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Länder im Bereich der Einnahmen</i>	85
 I. Stärkung der Steuerautonomie der Länder	85
1. Grundzüge der gegenwärtigen Regelung	85
2. Ansatzpunkte für eine Stärkung der Steuerautonomie der Länder	92
II. Verteilung der Steuereinnahmen der Länder (Zerlegung)	94
1. Ausgangslage	94
2. Zerlegungsprinzipien: Zum Problem der originären Steuerkraft	96
a) Die grundgesetzlichen Regelungen	96
b) Begründungen für eine Steuerzerlegung	97
(1) Zwei Ziele der Steuerzerlegung	97
(2) Zerlegung aus Effizienzgründen	97
(3) Zerlegung aus Verteilungsgründen	98
c) Einkommensteuerzerlegung nach örtlichem Aufkommen	99
(1) Die derzeitige Regelung: zwei Zerlegungsprinzipien für das örtliche Aufkommen nach der fiskalischen Äquivalenz	99
(2) Eine alternative Regelung: ein Zerlegungsprinzip für das örtliche Aufkommen nach der regionalen Leistungsfähigkeit	102
d) Umsatzsteuerverteilung nach Einwohnerzahl	103
3. Reformvorschläge	104
a) Fiskalische Äquivalenz als Leitmaxime	104
(1) Zerlegung der Einkommensteuer nach Wohnsitz und Betriebsstätte	104
(2) Zuschlagsrecht auf die Einkommensteuer	105

b) Regionale Leistungsfähigkeit (tatsächliche Steuerkraft) als Leitmaxime	106
(1) Körperschaftsteuer	106
(2) Einkommensteuer/Lohnsteuer	107
(3) Umsatzsteuer	107
(4) Umschichtung des Verbundsteueraufkommens	107
D. Reform des Länderfinanzausgleichs	108
I. Konkurrenzföderalismus, Einnahmeautonomie der Länder und horizontaler Länderfinanzausgleich - ein Widerspruch in sich?	108
II. Maßstäbe für einen künftigen Länderfinanzausgleich	112
1. Gewährleistung der Finanzautonomie der Länder	113
2. Vertikalisierung des Finanzausgleichs	113
a) Die Grundidee der Vertikalisierung des Finanzausgleichs	113
b) Reduzierung der Konsensfindungskosten	115
c) Entschärfung der Sonderbedarfsproblematik	116
d) Vermeidung der Überstrapazierung der Länder-Solidargemeinschaft	116
3. Nivellierungsverbot und Abschöpfungsgrenze	117
E. Zusammenfassung des Zweiten Teils	118